

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Einen Oscar für 'nix kapieren' hat sich Bundeswirtschaftsminister Rexrodt nach Meinung von Ottmar Schreiner MdB verdient.

Seite 1

Die Ernsthaftigkeit des Bundesfinanzministers bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung bezweifelt Joachim Poß MdB.

Seite 2

Das ZDF verstößt mit 'verwerflichem Sponsoring' gegen das Verbot der Tabakwerbung im Fernsehen, beklagt Hegina Schmidt-Zadel MdB.

Seite 2

Eine 'klare Weichenstellung' in Richtung regenerativer Energieträger wird eine SPD-geführte Bundesregierung vornehmen. Dies kündigte der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping an.

Seite 3

Zum 1. August beginnt die Bundesregierung mit ihrem Raubzug gegen Arbeitslose und Kommunen. Ein 'verhängnisvoller Weg', sagt Anke Fuchs MdB.

Seite 4

49. Jahrgang / 144

29. Juli 1994

Oscar für Rexrodt

Der Bundeswirtschaftsminister hat nichts verstanden

Von Ottmar Schreiner MdB

Arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn es nicht so traurig wäre, hätte Herr Rexrodt einen Oscar für die beste Rolle in der Tragikomödie des diesjährigen Sommertheaters verdient. Das 'Angebot' der Nürnberger Arbeitsloseninitiative, 20 Prozent unter Tariflohn zu arbeiten, war als Provokation gedacht und ist gleichzeitig bitterernst. Die Arbeitslosen wollten auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam machen. Die Mischung aus Galgenhumor und der tatsächlichen Bereitschaft unter Tariflohn zu arbeiten, ist Ausdruck ihrer Hoffnungslosigkeit. Herr Rexrodt hat all dies nicht verstanden.

Dies ist das Ergebnis der Politik der Bundesregierung, die keine Konzepte zur Bekämpfung der dramatischen Massenarbeitslosigkeit anbietet, sondern auf dem Rücken der Arbeitslosen und der Arbeitnehmer die Deregulierung des Arbeitsrechtes und die schleichende Aushöhlung der Tarifautonomie betreibt.

Der von Rexrodt und anderen vorgeschlagene Niedriglohnssektor führt in die falsche Richtung. Das Ergebnis wird der Zwei-Klassen-Arbeitsmarkt sein, in dem die bewährte Tarifordnung, ein Grundpfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialsystems, zerstört wird. Lohndumping schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern verschärft allenfalls die Verdrängungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt. Rexrodts neues Lieblingsthema, die Aufhebung der Arbeitszeitregelungen in den Tarifverträgen und die Zulassung von 60-Stunden-Wochen, ist der direkte Weg in das 19. Jahrhundert und die völlige Hilflosigkeit der Arbeitnehmerschaft. Im übrigen weisen über 30.000 Tarifverträge bereits ein hohes Maß an Flexibilität aus, das von den Arbeitgebern aber bei weitem nicht ausgeschöpft wird.

(-/29. Juli 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit recycelten Belegpapiern
Kreuzblau-Papier



Waigel geht nicht ernsthaft gegen Steuerhinterziehung vor
Erster steuerpolitischer Flop während der deutschen EU-Präsidentschaft zeichnet sich ab

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die deutsche EU-Präsidentschaft dauert noch keine vier Wochen, da zeichnet sich bereits der erste Flop für die Bundesregierung in einer wichtigen Sachfrage ab. Großspurig hatte die Bundesregierung noch im Juni angekündigt, sie werde in der Zeit ihrer EU-Präsidentschaft eine Harmonisierung der Zinsbesteuerung in Europa durchsetzen. Nach der Sitzung der Finanzminister der EU in Brüssel ist deutlich geworden, daß daraus wohl nichts werden wird. Luxemburg beharrt weiterhin auf einer OECD-weite Regelung, während die OECD-Staaten bereits darauf hingewiesen haben, daß sie zu konkreten Gesprächen erst bereit seien, wenn eine EU-Regelung vorläge. Eine Arbeitsgruppe soll jetzt nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Damit ist klar, daß eine einheitliche Zinsbesteuerung in Europa wieder einmal auf unbestimmte Zeit vertagt wird.

Erneut zeigt sich, daß die deutsche Verhandlungsposition auch dadurch geschwächt ist, weil es dem Bundesfinanzminister bei der Lösung dieses Problems von vornherein an Glaubwürdigkeit mangelt. Er hat zunächst alle Bestrebungen, auf EU-Ebene zu einer Harmonisierung der Besteuerung von Kapitaleinkünften zu kommen, torpediert. Im Jahre 1989 hat er die gerade von Finanzminister Stoltenberg eingeführte Quellenbesteuerung abgeschafft, ohne daß er auch nur die geringste Vorstellung für eine alternative Lösung präsentieren wollte. Er verkündete sogar falsche Signale, indem er beteuerte: "Mit uns gibt es weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene irgendeine Form der Quellensteuer oder Kontrollmitteilung."

Bundesfinanzminister Waigel ist in Sachen Zinsbesteuerung gescheitert. Der Bundeskanzler muß deshalb die von ihm als ein Schwerpunkt der deutschen EU-Präsidentschaft formulierte Harmonisierung der Zinsbesteuerung zur Chefsache machen. Nur wenn die Bundesregierung entschlossen und glaubwürdig eine Harmonisierung der Zinsbesteuerung vorantreibt, wird sich auch Luxemburg, das in besonderer Weise von der Europäischen Union profitiert, nicht länger gegen eine vernünftige Regelung sperren können. Allein es fehlt bislang der Glaube, daß die Bundesregierung tatsächlich ernsthaft gegen die Steuerhinterziehung vorgehen will.

(-/29. Juli 1994/figs/ks)

Verwerfliches Sponsoring
ZDF verstößt gegen Verbot der Tabakwerbung im Fernsehen

Von Regina Schmidt-Zadel MdB

Schon seit einiger Zeit versuchen die Fernsehsender im Verbund mit der Zigarettenindustrie, das Verbot der Tabakwerbung im Rundfunk zu umgehen. Offensichtlich sind den Sendern die Werbemaßnahmen wichtiger, als das Einhalten gesetzlicher Bestimmungen.

Spielen sich die Umgehungsversuche bislang in einer rechtlichen Grauzone ab - weil etwa im "Camel-Shop" oder bei den "PETER STUYVESANT-Tours" lediglich Kleidung, Schuhe oder Reisen unter dem Label der Zigarettenmarke beworben wurden - so hat das ZDF am vergangenen Samstag die Grenze zur verbotenen Werbung deutlich überschritten.

Die Mainzer starteten am 23. Juli unter dem Titel "X-Treme" eine Sendereihe für Jugendliche, bei der Teams zweier Städte in populären Extremsportarten einen Wettbewerb austragen. Präsentation, Ku-

lissen, Moderation und Auswahl der Kandidaten zielen eindeutig auf ein jugendliches Publikum. Um so empörender nimmt sich daher die Tatsache aus, daß als Sponsor dieser Sendereihen die Zigarettenmarke WEST auftritt.

Der Produktname der von der Firma Reemtsma vertriebenen Marke ist Teil des Sende-Logos und auf unzähligen Plakaten und Banden permanent im Bild. Zudem trägt die aufgebaute Kulisse den Namen "WEST Fu City", der auch noch ständig von den Moderatoren genannt wird. Damit verstößt das ZDF gegen die Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrags und das Tabakwerbeverbot im Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz. Die Präsentation der Schleichwerbung in einer Jugendsendung macht den Vorstoß noch verwerflicher.

Zigarettenwerbung hat im Fernsehen - in welcher Form auch immer - nichts zu suchen, erst recht nicht in Kinder- und Jugendsendungen.

Die Programmverantwortlichen des ZDF sind aufgerufen, den Sponsorenvertrag mit WEST sofort auszusetzen und zukünftig jede Tabakwerbung zu unterlassen.

(-/29. Juli 1994/hgs/ks)

Klare Weichenstellung

SPD wird Ausbau regenerativer Energieträger fördern

Von Rudolf Scharping*

SPD-Vorsitzender, Kanzlerkandidat und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Die Nutzung von regenerativen Energiequellen, wie Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, muß deutlich ausgebaut werden. In Deutschland muß die Entwicklung, Produktion und Anwendung von Anlagen zur alternativen Energiegewinnung mit Vorrang betrieben werden.

Mit der Herstellung von Windenergieanlagen werden in diesem Jahr in der Bundesrepublik rund 500 Millionen DM umgesetzt (1988: 23 Millionen DM). Planung und Herstellung beschäftigen heute bereits etwa 3.000 Mitarbeiter. Durch beachtliche Effizienzsteigerungen ist die Installation von Windenergieanlagen heute fast halb so teuer wie 1988.

Damit wird deutlich, daß die Umsteuerung in der Energiepolitik nicht nur umweltpolitisch notwendig ist, sondern sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Da eine Ausweitung des Einsatzes fossiler Energieträger weltweit aus Klimaschutzerwägungen ebensowenig verantwortbar ist wie der Ausbau der Atomenergie, kommt den regenerativen Energien eine wichtige Funktion zu, da Menschen in anderen Regionen dieser Welt ihren steigenden Energiebedarf decken wollen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn die deutsche Wirtschaft hier aufgrund falscher Prioritätensetzungen in der bisherigen Forschungs- und Technologiepolitik der derzeitigen Bundesregierung Wettbewerbschancen einbüßen würde. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird klare Weichenstellungen vornehmen, um den regenerativen Energieträgern in Deutschland bei der Markteinführung die notwendige Hilfestellung zu leisten und um international Exportchancen zu wahren und auszubauen.

(-/29. Juli 1994/hgs/ks)

* Erklärung nach einem Besuch der Windkraftanlagen von Stein-Neukirch/Westerwald

Verhängnisvoller Weg

1. August: Bundesregierung beginnt mit Ihrem Raubzug gegen Arbeitslose und Kommunen

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

1. Die Konzeptions- und Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, insbesondere die drastischen Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, haben bereits dazu geführt, daß die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Juni 1994 mit rund einer Million einen traurigen Höchststand erreicht hat - mit steigender Tendenz. Infolgedessen sind auch die Belastungen durch die Arbeitslosenhilfe steil nach oben gegangen, sie betragen mindestens 18 Milliarden DM.
2. Die im sogenannten "Beschäftigungsförderungsgesetz" verankerte Absenkung der ABM-Zuschüsse wird dazu führen, daß es voraussichtlich kaum noch ABM-Plätze geben wird. Insbesondere werden hierdurch die in der Arbeitslosenarbeit engagierten Träger bestraft, die nach Tarif entlohnen wollen. Denn in diesen Fällen wird der pauschale Zuschuß gekürzt. Das Ziel, die Gelder der Bundesanstalt zur Finanzierung von Arbeit anstatt zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit zu nutzen, wird dadurch massiv unterlaufen. Der Effekt dieser Maßnahmen besteht lediglich darin, die Arbeitslosen in die Sozialhilfe zu drängen.
3. Mit diesem "Trick" stiehlt sich die Bundesregierung aus der Verantwortung für das Heer von Arbeitslosen, für das sie die politische Verantwortung trägt. Denn die hierdurch verursachten Milliardenkosten werden schlichtweg vom Bund auf die Kommunen als Träger der Sozialhilfe verlagert. Nichts als ein Taschenspielertrick ist dabei die verstärkte Heranziehung von Arbeitslosenhilfebeziehern für Saisonarbeiten in der Landwirtschaft. Diese Personen tauchen auf diese Weise nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auf, obwohl sie weiterhin der Arbeitslosenvermittlung zur Verfügung stehen.
4. Die Regierungskoalition läßt sich von ihrem verhängnisvollen Weg jedoch nicht abbringen. Schon wird darüber "nachgedacht", den Bezug der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen und die originäre Arbeitslosenhilfe zu streichen. Wenn die Kürzungsorgie bei der Arbeitslosenhilfe fortgesetzt wird, werden zum 1. April 1995 circa 300.000 Menschen mit einem Schlag in die Sozialhilfe abrutschen. Nach Berechnungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände kommen insoweit Mehrbelastungen von etwa 15 Milliarden DM auf die Kommunen in den nächsten drei Jahren zu. Die Investitionskraft der Kommunen wird hierdurch nachhaltig geschwächt - mit sich verstärkenden negativen Folgen für den Arbeitsmarkt.
Den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, die eigentlich zusätzliche Unterstützung benötigen, droht nun der finanzielle Kollaps. Im übrigen: Zu Recht fühlen sich hierdurch die Länder getäuscht, die bei den Solidarpaktverhandlungen die zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenhilfe verhindert hatten. Diesen Konsens kündigt die Bundesregierung nun einseitig auf.
5. Die Kostenexplosion infolge der Massenarbeitslosigkeit kann nur gestoppt werden, wenn man an den Wurzeln des Übels selbst ansetzt. Die SPD fordert einen nationalen Beschäftigungspakt von Staat und Tarifvertragsparteien sowie eine stärkere Verzahnung von Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt und Strukturpolitik. Der Grundsatz "Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit bezahlen" muß endlich wirksam politisch umgesetzt werden. Die SPD hat hierzu mit den Vorschlag eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes (ASFG) den Weg gewiesen.

(-/29. Juli 1994/hgs/ks)
